KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

Die Linke

Nr. 295 - 33. Jahrgang
NOVEMBER 2025
Spendenbeitrag 50 Cent

ROSTOCK WIRD ROT

Die Rostocker Linke hat am 8. November mit großer Geschlossenheit die Weichen für die Landtagswahl 2026 gestellt. Auf der Wahlversammlung im Peter-Weiss-Haus nominierten die Mitglieder ihre Direktkandidierenden für die vier Rostocker Wahlkreise. Dabei setzte der Kreisverband klar auf kommunal erfahrene Persönlichkeiten, die bereits tief in den Stadtteilen verwurzelt sind und wissen, wo in Rostock der Schuh drückt.

Für den Wahlkreis 4 (Hansestadt Rostock I) wird die Partei mit Toralf Herzer ins Rennen gehen. Herzer, seit diesem Jahr Mitglied der Bürgerschaftsfraktion und gebürtiger Warnemünder, geht mit der Forderung nach einem bezahlbaren Leben in den Wahlkampf: „Egal ob Mieten, Stromrechnung oder Preise im Supermarkt. Das Leben muss wieder für alle bezahlbar sein. Wir kämpfen für die Menschen, die sonst niemand verteidigt. Das ist unser Auftrag als Linke“, so Toralf.

Im Wahlkreis 5 (Hansestadt Rostock II) kandidiert wie auch bereits zur letzten Wahl der Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der Rathausfraktion Christian Albrecht, der in Evershagen beheimatet ist. „Die Linke hat in der Landesregierung Druck gemacht. Ohne uns gäbe gäbe es kein Tariftreue-Gesetz, keinen Frauentag als Feiertag und nicht mehr Lehrerinnen und Lehrer. Je stärker Die Linke im Landtag ist, umso sozialer wird auch die Politik“, so Christian.

Für die KTV, Südstadt, Biestow und das Komponistenviertel (Wahlkreis 6 - Hansestadt Rostock III) zieht die Gewerkschaftssekretärin, Co-Kreisvorsitzende und stellvertretende Bürgerschaftsfraktionsvorsitzende Nurgül Senli in den Wahlkampf. „Wer eine glaubhafte antifaschistische Stimme im Landtag will und klare Kante gegen den Rechtsruck in unserem Land, den lade ich ein, mit mir zusammen um diesen Wahlkreis zu kämpfen. Zusammen können wir das schaffen“, so Nurgül.

Im Wahlkreis 7 (Hansestadt Rostock IV) stellt Die Linke ebenfalls einen Kommunalpolitiker für die Landtagswahl auf. Hannes Möller, Bürgerschaftsmitglied und Vorsitzender des Ortsbeirats Stadtmitte, stellt klar, dass wir uns für „ein Land einsetzen, in dem Vielfalt geschätzt und Diskriminierung bekämpft wird. In Rostocks Stadtbild müssen alle frei und gleichberechtigt leben können.“

Der Co-Kreisvorsitzende Sandro Smolka ist optimistisch: „Mit vier erfahrenen Kommunalpolitikern schicken wir starke Stimmen ins Rennen, die wissen, was die Menschen bewegt und wie Politik vor Ort funktioniert. Wir bieten den Rostockerinnen und Rostokkern Kandidaten, die die ganze Bandbreite dieser Stadt repräsentieren. Die vielen Neueintritte der letzten Monate sind ein echter Wahlkampf-Booster. Sie zeigen: Die Linke wird stärker, und viele Rostockerinnen und Rostocker sind bereit, gemeinsam mit uns für soziale Gerechtigkeit, bezahlbares Wohnen und Antifaschismus mit Haltung zu kämpfen. Wir treten an, um alle vier Wahlkreise zu gewinnen. Die letzte Bundestagswahl hat gezeigt, dass das kein Wunschtraum ist, sondern machbar. Jetzt kommt es darauf an, zusammenzustehen mit klaren Inhalten und konsequenter Haltung, mit Mut und Leidenschaft. Wir sind startklar.“

“AN DER LINKEN KOMMT NIEMAND VORBEI“ - BERICHT VOM LANDESPARTEITAG

In Friedrichsruh liegt Bismarck begraben, in Friedrichsruhe bei Schwerin gibt es einen linken Bürgermeister. Wohl deshalb zwängte sich die Tagung des Landesparteitages in den dortigen Gemeindesaal, um auf einem sogenannten Arbeitsparteitag einige inhaltliche Anträge zu beraten, die unseren Landesverband auf die Landtagswahl im September 2026 vorbereiten. Landesvorstand, Landtagsfraktion und Jugendverband waren fleißig gewesen und hatten einiges vorbereitet.

Die angereiste Co-Parteivorsitzende Ines Schwerdtner freut sich jedenfalls auf die Wahlkämpfe 2026.

Fortsetzung auf Seite 3

In dieser Ausgabe

Seite 2: Gedenken
Seiten 3/4: Landesparteitag
Seiten 4/5: Aus der Bürgerschaft
Seite 6: Uwe Süßmilch
Seite 7: RLS-Veranstaltungen
Seite 8: Aus dem Landtag

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
einen kalten Herbst hatten wir neulich versprochen, und obwohl wir gar keinen Einfluss darauf haben, ist es so gekommen. Aktuell läuft es vielen Menschen kalt den Rücken runter, wenn sie an die Zukunft denken und sich fragen, wovon sie nach dem Renteneintritt eigentlich leben sollen. An der gesetzlichen Rente wird kräftig gezerrt. Unser Schicksal liegt in den Händen der Jungen Union – kein schöner Gedanke.

Mit einem weinenden Auge schauen wir nach Schwaan, wo es für Tobias Müller bei der Bürgermeisterwahl leider nicht für den Sieg gereicht hat. Trotzdem Respekt für ein gutes Ergebnis nach einem leidenschaftlichen und einfallsreichen Wahlkampf. Das hat dem Ansehen der Linken sicher gut getan, und die Menschen in Schwaan konnten demokratisch zwischen zwei Kandidaten auswählen.

Traurig stimmt uns auch die Nachricht vom Tod Maren Haases. Maren hat viele Jahre auch in unserer Redaktion mitgearbeitet und zum Beispiel aus der Bürgerschaft berichtet. Unsere Anteilnahme gilt ihrer Familie.

Viel Vergnügen bei der Lektüre dieser Ausgabe wünscht Euch die Redaktion.
Carsten Penzlin

AKTUELLES

Mietpreisbremse für Greifswald, Rostock und Tourismusorte könnte wirksamer sein

Zur Verlängerung der Mietpreisbremse für Greifswald und Rostock sowie zur geplanten Ausweitung auf Tourismusorte erklärt der Landesvorsitzende der Linken in Mecklenburg-Vorpommern, Hennis Herbst:
„Es ist gut und wichtig, dass die Landesregierung die Mietpreisbremse für unsere Universitätsstädte verlängert hat. Auch die Ausweitung auf Tourismusorte wie Binz, Heringsdorf oder Zingst ist ein richtiger und überfälliger Schritt. Zu oft werden Einwohner*innen aus ihren Heimatorten verdrängt, weil Wohnungen überteuert vermietet oder in Ferienwohnungen umgewandelt werden.

Allerdings muss die Mietpreisbremse deutlich wirksamer werden. Noch immer bestehen zu viele Schlupflöcher für Vermieter*innen – etwa bei der Vermietung möblierter Wohnungen. Zudem sind Gebäude, die nach 2014 errichtet wurden, von der Regelung ganz ausgenommen. Die Bundesregierung hat es absichtlich versäumt, die Mietpreisbremse wirklich scharf zu stellen und bestehende Lücken zu schließen.
Unsere Justizministerin hat zuletzt auf der Justizministerkonferenz konkrete Vorschläge vorgelegt, um die Rechte von Mieter*innen zu stärken. Der Mietennotstand ist längst auch in Mecklenburg-Vorpommern angekommen. Als Linke stehen wir fest an der Seite der Mieter*innen und wollen gemeinsam Antworten auf die soziale Frage unserer Zeit finden.“

AKTUELLES

9. November: Gedenken bedeutet mehr als nur erinnern

In der Nacht vom 9. auf den 10. November steckten deutsche Nationalsozialisten unter der Beteiligung und Billigung der Zivilbevölkerung Synagogen in Brand, verwüsteten jüdische Friedhöfe, zerstörten Geschäfte und Wohnungen und attackierten Jüdinnen und Juden auf offener Straße. Ines Schwerdtner, Jan van Aken, Heidi Reichinnek und Sören Pellmann erklären hierzu:
Mit den antisemitischen Novemberpogromen begann die brutale, orchestrierte Vernichtung und Vertreibung von Jüdinnen und Juden durch die Nazis. Heute gedenken wir der Opfer des antisemitischen Terrors jener Tage, mit dem das beispiellose Verbrechen der Shoah seinen Anfang nahm. Die Geschichte mahnt uns, Antisemitismus, Hass und Ausgrenzung entschieden entgegenzutreten. Und sie lehrt uns, dass eine aufgeklärte, offene Gesellschaft immer wieder aufs Neue verteidigt werden muss. Ob der demokratische Anspruch unserer Gesellschaft glaubhaft eingelöst wird, zeigt sich nicht in Sonntagsreden, sondern bemisst sich daran, ob Minderheiten hier sicher leben können. Dass die Zahlen antisemitischer Gewalttaten in diesen Tagen auf einem hohen Stand verharren, ist unerträglich und zeugt in bedrückender Weise von der Aktualität des heutigen Gedenktages. Umso verantwortungsloser ist es, dass ausgerechnet jene zivilgesellschaftlichen Projekte und Strukturen, die sich dem Einsatz für eine demokratische Gesellschaft und dem Kampf gegen rechte Gewalt verschrieben haben, wegen der massiven Kürzungen durch die Bundesregierung unter Druck geraten. Gedenkstätten und zivilgesellschaftliche Initiativen, die die Losung „Nie wieder!“ mit Leben füllen und praktisch werden lassen, müssen handlungsfähig sein und dürfen nicht um Fördergelder bangen. Der heutige Tag mahnt uns: Aufrichtiges Gedenken verpflichtet uns zu mehr als nur dem bloßen Erinnern. Es bedeutet, aktiv an der Seite von Jüdinnen und Juden und allen zu stehen, die für eine Gesellschaft kämpfen, in der Antisemitismus keinen Platz hat.

BERICHT VOM LANDESPARTEITAG

Fortsetzung von Seite 1

Erst kurz zuvor hatte Ines den finalen Beratungen über den Bundeshaushalt beigewohnt, aus dem alle Schweinereien der Bundesregierung abzulesen seien, insbesondere „der irre Militarisierungswahn“. Ines erwähnte in diesem Zusammenhang auch das Abstimmungsverhalten der Landesregierung im Bundesrat und sprach davon, solche innerparteilichen Konflikte solidarisch lösen zu wollen.

Die Rostocker Delegierten

Der Landesvorsitzende Hennis Herbst räumte ein, dass die Zustimmung auch der linken Ministerinnen zum Infrastruktur-Sondervermögen nicht richtig gewesen sei. Als lernende Partei habe man das aber solidarisch und nach vorne gewandt diskutiert – darauf sei er stolz. Hennis blickte zurück auf das vergangene Jahr und hob besonders den Wahlerfolg der Linken bei der Bundestagswahl hervor, zu dem Die Linke in M-V mit 12 % einen guten Beitrag geleistet habe. 1250 neue Mitglieder hat unser Landesverband binnen eines Jahres zu verzeichnen, eine Steigerung von 50 %! Zweitgrößte Partei in M-V sind wir. Beitragsfreie Kita, Spitzenwerte bei den Neueinstellungen von Lehrer*innen und in der Justiz, die Armutsquote von Kindern liegt unter dem Bundesschnitt, beim Thema Chancengerechtigkeit liege M-V unter den Spitzenreitern – das seien die Erfolge linker Politik und linker Ministerinnen, so Hennis. Trotzdem würden Sorgen den Alltag der Menschen prägen, ignoriert von der Bundesregierung. Diese verstärke gar den Druck auf arme Menschen, und die Jungen würden mit der Wehrpflicht belastet.

Scharf griff Hennis die AfD an und versprach jenen Menschen, gegen die die AfD hetzt, unsere volle Solidarität. Er warb für ein Verbotsverfahren, und die Delegierten verabschiedeten einstimmig einen entsprechenden Antrag. Dieser Punkt bekam in der Berichterstattung über den Parteitag auch die größte Resonanz. Fast 3000 Kommentare gab es bei Facebook unter dem OZ-Artikel. Michael Noetzel konnte als Jurist auf dem Parteitag die juristischen Fallstricke eines Verbotsverfahrens erläutern, stellte aber auch klar, dass die AfD durch ihr praktisches Handeln jeden Tag ihre Verfassungsfeindlichkeit ganz offen an den Tag legt. Die Delegierten wendeten sich auch gegen die Reform des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (GEAS), das die Aussetzung des Rechtsstaates für Schutzsuchende bedeute.

Unter dem Motto „Die Linke läutet“ sollen im Land weiter Haustürgespräche geführt werden, um hautnah von den Alltagssorgen der Menschen zu hören, um mit den Menschen zu reden statt über sie. Hennis forderte mehr direkte Demokratie in Form von Bürgerentscheiden und Bürgerräten. Damit könne man auch dem Rechtsruck etwas entgegensetzen.

Die designierte Spitzenkandidatin Simone Oldenburg knüpfte an dieses Thema an: Statt die Jugendlichen wehrfähig zu machen, stärke man die politische Bildung. Die Zuschüsse zu den Fahrten an die Mahn- und Gedenkstätten seien versechsfacht und somit alle Fahrten ermöglicht worden. Der Holocaustgedenktag 27. Januar wird ab 2026 ein verbindlicher Projekttag an allen Schulen. Ein neues Beteiligungsgesetz sichere die Mitsprache von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen. Gegen eine Politik der Resignation und des allerkleinsten gemeinsamen Nenners setze seit genau vier Jahren die rot-rote Landesregierung eine Politik des starken Sozialstaats, die unter schwierigen Rahmenbedingungen für gesellschaftliche Stabilität sorge. So nutzen über 40.000 Senioren ein vergünstigtes Ticket, ein Rufbussystem sei in den Landkreisen erfolgreich etabliert worden. Mehr als 1.200 pädagogische Fachkräfte seien an den Schulen zusätzlich eingestellt und alle Schulstandorte erhalten worden. Nicht nur die Kita, auch der Ferienhort ist beitragsfrei. Insgesamt sparen Eltern dadurch 18.000 Euro für jedes Kind. Simone empfahl dem Kanzler, er solle sich weniger an Trump als an Robin Hood orientieren; mit Vermögensteuer und Erbschaftsteuer könne er tatsächlich zu einer Legende werden.

Die Delegierten verabschiedeten ein paar Anträge. In einem wurde die Abschaffung des Paragrafen 218 gefordert. Die Mehrheit der Bevölkerung ist dafür, Schwangerschaftsabbrüche nicht zu kriminalisieren, aber der CDU/CSU ist das egal. Der Jugendverband sprach sich in einem Antrag gegen die Wehrpflicht und andere Zwangsdienste aus. Stattdessen sollten Freiwilligendienste angemessen ausfinanziert werden. Sollen wir ein Vaterland verteidigen, das uns alle im Stich lässt, fragte die Einbringerin des Antrages in ihrem Redebeitrag. In einer Bundeswehr, die autoritär und oftmals rechts sei? Diese recht pauschale Ablehnung der Bundeswehr stieß auch auf Widerspruch. Der frühere Berufsoffizier Horst Krumpen warb um Respekt für die Soldaten, die es auch nicht verdient hätten, pauschal in die rechte Ecke gestellt zu werden. Sechs Monate Wehrdienst seien zu kurz für eine sinnvolle Ausbildung. Ein Änderungsantrag wurde von Rico Reichelt, Bürgermeister von Boizenburg, eingebracht. Er betonte die Bedrohung unserer Demokratie von außen und warb für eine offene solidarische innerparteiliche Debatte über Verteidigungsfähigkeit, die unserer Regierungsverantwortung gerecht wird. Auch wenn wir Militarisierung und Wehrpflicht ablehnen, würde ein bloßes NEIN nicht ausreichen. Die Mehrheit der Delegierten sah dies genauso.

Glückliche Neumitglieder

Fortsetzung auf Seite 4

AKTUELLES

BERICHT VOM LANDESPARTEITAG

Fortsetzung von Seite 3

Seit 2021 sind die Mieten und Nebenkosten in M-V um 13 % gestiegen. Die Mietpreisbremse für Rostock und Greifswald hat die Landesregierung gerade verlängert und auf einige Küstenorte ausgedehnt. Die Landespartei will nun die Mietenkampagne der Bundespartei aufgreifen.

Christian Albrecht brachte zwei Anträge ein, in dem eine dauerhafte Stärkung der finanziellen Basis der Kommunen und die Ablehnung des geplanten Sozialkahlschlags gefordert wird. Woher soll das Geld für Kommunen und Sozialstaat kommen? Von den Reichen. Immer wenn jemand auf die Kosten des Bürgergeldes hinweise, müssten wir als Linke konsequent sagen: Vermögensteuer. Dadurch könnten wir den öffentlichen Diskurs nach links verschieben. Die Landesregierung soll im Bundesrat die geplanten Verschärfungen beim Bürgergeld ablehnen und sich für eine sanktionsfreie Mindestsicherung einsetzen, die 200 Euro über dem aktuellen Bürgergeldniveau liegt.

Der Landesparteitag stellte sich gegen das neue Arbeitszeitgesetz (Abschaffung des 8-h-Tages). Die Delegierten unterstützen die Forderung nach konsequenter Umsetzung der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen, Mädchen und Betroffenen häuslicher Gewalt.

Unser Landesverband wird künftig eine für zwei Jahre gewählte „Inklusionsbeauftragte Person“ haben. Sie wird vom Landesvorstand gewählt und arbeitet ehrenamtlich. Sie unterstützt die Umsetzung des Teilhabekonzeptes der Bundespartei.

Zur besseren Ausfinanzierung des Landesverbandes steigen die Mandatsträgerbeiträge von 12 auf 15 %. Ausgenommen sind die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker*innen.

So endete ein harmonischer, gut gelaunter Landesparteitag.

Berichterstatter: Carsten Penzlin

KOMMUNALPOLITIK

BERICHT AUS DER BÜRGERSCHAFT

Am 15.10. und am 19.11. kam die Rostocker Bürgerschaft im Rathaus zusammen, um über Anträge und Beschlussvorlagen zu debattieren, den Wählerwillen umzusetzen und zu retten, was noch zu retten ist.

Dass über allem das Damoklesschwert des horrenden Finanzdefizits schwebt, wurde schon zu Beginn in der Einwohnerfragestunde deutlich. Die Sorge in den Stadtteilen ist groß, dass ab dem kommenden Jahr kein Geld mehr für die Ortsbeiratsbudgets zur Verfügung steht und viele kleine Projekte, die die Stadtteile lebenswerter machen, vor dem Aus stehen. Das möchte niemand aus der Bürgerschaft, und auch die Verwaltung hat im neuen Haushalt weiterhin dieses Geld eingeplant. Aber eine Garantie gebe es nicht, goss Sozialsenator Steffen Bockhahn ein bisschen Wasser in den Wein.

In der Debatte wurde das wichtigste Thema gleich zu Beginn abgehandelt: die blöden E-Scooter, die überall im Weg stehen. Was für viele Jugendliche ein beliebtes Mittel zur Mobilität in der Stadt geworden ist, ist für den Großteil der Bevölkerung einfach ein großes Ärgernis und Sicherheitsrisiko. Die Linke hat sich des Problems angenommen und in einem Antrag Verbesserungsvorschläge gemacht. Nurgül Senli erklärte für die Fraktion, dass E-Scooter für die letzte Meile ein oft genutztes Verkehrsmittel seien, es aber klarerer Regelungen bedarf. So müsse das Abstellen der Roller in sensiblen Bereichen, etwa auf Gehwegen oder Leitsystemen für Sehbehinderte unterbunden und eng umrissene Abstellzonen eingerichtet werden. Der Kommunale Ordnungsdienst soll eindeutige Vorgaben zur Ahndung von Verstößen bekommen und die kommerziellen E-Scooter-Anbieter in die Pflicht genommen werden. Das Ziel ist eine barrierefreie Stadt, in der aber natürlich auch E-Scooter ihre Berechtigung haben. Nurgül: „Verkehrswende und Barrierefreiheit gehören zusammen.“ Das sah die Mehrheit der Bürgerschaft auch so. Wir dürfen gespannt sein, ob es tatsächlich zu Verbesserungen kommt.

Danach scheiterte die FDP mit ihrem Vorhaben, ein neues Parkkonzept für die Steintor-Vorstadt zu verhindern. Die FDP wollte einen vollständigen Ausgleich aller wegfallenden öffentlichen Autostellplätze. Eine halbe Stunde wurde darüber diskutiert.

Mehr Erfolg hatte die FDP mit ihrem Antrag zu mehr Transparenz beim Hochwasserschutz im Stadthafen (Kosten, Kosten-Nutzen-Abwägungen, Zeit- und Verfahrensplan etc.). Die Anpassung an den Klimawandel wird sehr teuer, natürlich erst recht in den Küstenkommunen. Das nächste Jahrhunderthochwasser kommt bestimmt, und der Stadthafen muss dafür fit gemacht werden. Über das Wie wird schon länger diskutiert, öffentlich und nichtöffentlich; die OZ machte eine Mauerdebatte auf. Daraufhin hatte die Linksfraktion mit dem Mittel der Anfrage an die Verwaltung Klarheit geschaffen. Gleiches hätte sich Christian Albrecht nun in diesem Fall gewünscht: Anfrage statt Antrag. Fehlende Transparenz seitens der Stadt konnte er ohnehin nicht feststellen.

Übrigens: Zur Anpassung an den Klimawandel gehört auch eine Wärmewende, die Rostock verändern wird. Der geplante Wärmerat, mit dem unterschiedliche Akteure der Stadtgesellschaft und Wirtschaft eingebunden werden sollten, scheiterte vor allem am Widerstand von FDP und CDU, für die es schon zu viele Beiräte gibt. Transparenz also nur, wenn es einem passt.

Nicht vergessen wollen wir, dass die Bürgerschaft mit einer Gedenkminute an Maren Haase erinnerte, die mit ihrer Arbeit als Fraktionsgeschäftsführerin drei Jahrzehnte lang die Rostocker Kommunalpolitik prägte. Der Präsident der Bürgerschaft lobte Marens Beharrlichkeit in politischen

Fragen und ihren Einsatz für die Belange der Bürgerinnen und Bürger.

Maren Haase (1958-2025)

Zu Beginn der Sitzung am 19.11. stellte die Bürgerschaft mit ihrer Zustimmung zu einer Dringlichkeitsvorlage die Bezahlung der städtischen Angestellten für den Rest des Jahres sicher.
Grüne und Linke beantragten, dass die RSAG bei Schwarzfahren im ÖPNV künftig keinen Strafantrag mehr stellen soll. 60 Euro Strafe wären weiterhin zu zahlen. Michael Noetzel erklärte für unsere Fraktion, dass Schwarzfahren eines der am meisten verbreiteten Delikte ist. Die Strafverfolgungsbehörden würden damit überlastet, es komme oft zu Ersatzfreiheitsstrafen. Es trifft meistens arme Menschen. Das war der SPD aber egal. Es werde ja niemand gezwungen, Bus und Bahn zu fahren, erklärte deren Fraktionsvorsitzender Thoralf Sens. Auch CDU und FDP sprachen von sinnvoller Abschreckung, für die es laut Michael Noetzel – von Beruf Strafverteidiger – jedoch keinen empirischen Nachweis gebe. Er glaube den Zahlen mehr als einem konservativen Bauchgefühl. Was in anderen Städten schon Realität ist, fand in Rostock nach intensiver Debatte keine Mehrheit.

Das Fehlen einer progressiven Mehrheit zeigte sich schmerzhaft auch in der folgenden Diskussion über einen Radschnellweg zwischen Warnemünde und Lichtenhagen. In Rostock soll in den kommenden Jahren ein Netz solcher Wege entstehen, zu großem Teil finanziert vom Bund. Im Falle dieses Streckenabschnitts würde, da man nicht im Landschaftsschutzgebiet bauen darf, eine Spur der Stadtautobahn wegfallen, was laut Gutachten der Stadtverwaltung zu keinen Problemen wie Rückstau führen würde. Die Bürgerschaft hätte sich mit dem Thema gar nicht befasst, wenn nicht die SPD auf die Idee gekommen wäre, sich per Antrag öffentlichkeitswirksam als Schutzpatronin der Autofahrer*innen und Bürger*innen in den anliegenden Stadtteilen zu inszenieren. Tenor: Die Menschen wollen und brauchen das nicht, auf der Strecke fährt eh keiner mit dem Rad. Der bereits erwähnte Thoralf Sens beklagte eine ständige Benachteiligung der Autofahrer in Rostock, sprach gar von einem Krieg gegen Autofahrer. Die Auftritte des SPD-Fraktionschefs laden ja zu grundsätzlichen Überlegungen über die menschliche Natur ein, aber lassen wir das vorerst. Für die Linke stellte Toralf Herzer klar, dass wir den Fakten der Verwaltung vertrauen und uns keine alternative Realität zurechtlegen. Beweisen wir den Menschen in Rostock, dass Infrastrukturprojekte zu einem sinnvollen Ende geführt werden können. So könnten wir auf kommunaler Ebene daran mitwirken, die Klimaschutzziele im Verkehrssektor endlich zu erreichen. Christian Albrecht verwies darauf, dass eine gute Infrastruktur den Umstieg aufs Fahrrad erleichtert.
Die grüne Senatorin legte sich mit Fakten und Argumenten mächtig ins Zeug. Umsonst. Im Ergebnis wird es in Rostock (falls der Bund nicht seine Förderung dann ganz zurückzieht) nur ein lückenhaftes Radschnellwege-Netz geben. Das eingesparte Geld fließt nun dank eines FDP/Linke-Änderungsantrages in die Sanierung von Gehwegen. Das wird auch viele Radfahrer freuen.

Angenommen wurde unser Antrag, die Schulen mit leitungsgebundenen Trinkbrunnen auszurüsten, um die Versorgung der Schüler*innen mit Trinkwasser sicherzustellen.

Das BSW stellte den Antrag, dass Rostock keine Zustimmung zur Errichtung von militärischen Lagerstätten auf seinem Gebiet geben solle. Wie im Zweiten Weltkrieg könnte Rostock nämlich sonst im Konfliktfall zum Ziel von Bombenangriffen werden. Symbolpolitik und das Schüren von Angst warf die CDU dem BSW vor, denn die Stadt habe keine juristische Handhabe, den Bau z.B. von Munitionslagern zu verhindern. Rostock sei aufgrund seiner strategischen Lage ohnehin ein potenzielles Ziel. Christian Albrecht stimmte zu, dass dies kein Thema für die Kommunalpolitik sei. Die Entscheidungen würden woanders getroffen, man sollte nichts anderes suggerieren. Es gebe andere Wege sich für den Frieden einzusetzen. Antrag abgelehnt.

Berichterstatter: Carsten Penzlin

Linke in der Bürgerschaft verurteilt Schließung der Post-Filiale am Neuen Markt

Die Linksfraktion in der Rostocker Bürgerschaft verurteilt die geplante Schließung der Post-Filiale in der Innenstadt und die Verlagerung auf einen Kooperationspartner. In der größten Stadt Mecklenburg-Vorpommerns den eigenen Schalterbetrieb einzustellen, setzt das falsche Signal: Die Post stellt Renditeziele über ihren gesellschaftlichen Auftrag. „Die Post ist Teil der Daseinsvorsorge, kein Anhängsel des Bank- und Finanzgeschäfts“, erklärt Christian Albrecht, Vorsitzender der Fraktion Die Linke. „Wer in einer wachsenden Großstadt die zentrale Voll-Service-Filiale aufgibt, verschlechtert Erreichbarkeit und Qualität. Besonders ältere Menschen, Menschen mit Behinderung sowie kleine Betriebe und Vereine leiden darunter. Das ist unhaltbar.“

Albrecht betont, Partnerläden ersetzten keinen verlässlichen, barrierefreien Standort mit ausreichend Personal und stabilen Öffnungszeiten. „Wenn Finanzprodukte und Filialabbau wichtiger werden als der Universaldienst, läuft etwas grundsätzlich schief.“
Als Gegenbeispiel verweist die Fraktion auf die OSPA, die zentrale Standorte erhält und Kundennähe sichert. „Es geht, wenn man es will. Die Post hingegen zieht sich aus ihrem Kerngeschäft zurück. Als Unternehmen mit besonderem öffentlichen Auftrag hat die Post die Grundversorgung zuverlässig zu sichern“, so Albrecht.
Die Linksfraktion erwartet die Rücknahme der Schließungspläne und die Sicherung einer vollwertigen, barrierefreien Post-Anlaufstelle in der Rostocker City. Zugleich fordert sie die Stadt auf, bei drohender Unterversorgung unverzüglich eine förmliche Beschwerde bei der Bundesnetzagentur einzureichen und die Einhaltung der gesetzlichen Mindeststandards, insbesondere Erreichbarkeit, Barrierefreiheit und ausreichende Kapazitäten, prüfen zu lassen.
Pressemittilung

PLATTDÜTSCH

VERTELL DOCH MAL: MIT‘NANNER

Uwe Süssmilch (90), Präsident von’n Plattdütsch-Verein „Klönsnack - Rostocker 7“ e.V., to’m Thema „Vertell doch mal: Mit’nanner“

Un nipp un nau so - „Mit’nanner“ - geiht dat bi uns in de Seniorendachspläach „Zum Glück“ in’n Südstadtcenter Rostock to!
Ik bün vör välen Johren schon mal in disse Pläach-Inrichtung mit een Muskanten – uns hütigen Vörsitter Jens Anders - un een plattdütschet Programm upträden, wat gaud ankamen is. Un wiel dat dunnemals so komodig un fründlich west is, un ik nu mit de Wiel ok schon lütt bäten Pläach bruk un miene Fru Heidi bäten Last von de Schullern nähmen wullt, bün ik in disse Inrichtung gahn. Siet dree Johren bin ik nu schon dorbi un mi geföllt dat hier siehr gaud. Ik bünn mandachs un dingsdachs in de Inrichtung un freu mi schon ümmer up dat mit‘nanner singen, vertellen un up de gauden Snacks. Un so lööpt dat dagsöwer af:
Gägen Klock acht warden wi so insgesamt 30 Seniorinnen un Senioren mit ‚n lütten Bus von to Hus afhalt un in de Inrichtung Tagespflege „Zum Glück“ am Südstadtcenter henführt.Klock nägen äten wi all tohop Frühstück. Dorna deilen wi uns je na Lust un Intress in Gruppen up. Dat sünd denn Sport- un Gymnastikgruppen, orrer Gruppen för de Brägenarbeit mit Raten un Spälen. Dat höllt uns körperlich un geistig up Draht un wi sünd aktiv in fründlicher Gemeinschaft. „Tosammen un nich alleen!“ is uns aller Motto.
Von Husdoktor empfahlene Behandlungen können ok hier von Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, orrer Logopäden afarbeit warrn. Ok steiht uns ne Hoorschniderin un ne Footplägerin to Verfügung.
Wi hollen uns öwer nich nur in de Inrichtung up. Wi maken ok Fohrten un bisäuken to‘m Bispill dat Buernhus in Biestow, den Zoo, de Fischdiegs „Hütter Wold“, de Iesdeel in Bützow usw. Wi biläwen denn ok Uptritte von Muskanten, Film- un Dia-Vorträge.
Wi hebben allens to Unnerhollung - nur keen Langewiel! In‘n dissen Sommer heff ik in Absprach mit de Leitung von de Seniorendagspläach und den „Förderverein Tradition Ostseeschifffahrt e.V.“ een gemeinsamen Besäuk up den Hellingkran von de ehemaligen Neptunwerft organisiert. Dor is uns de Historie von den Kran utklabüstert worrn. Jens hett mit sein Treckfidel wedder vör dat Mitsingen sorgt. Kauken un Kaffe wiern ok dorbi.
Väl Mäuh gäben sik de leewen Pläächkräft mit de Utgestaltung von Wihnachten, Ostern, Pingsten un de privaten Jubiläen. Uns geiht dat denn so richtig to Harten un wi marken, wie de Inrichtung sik üm uns kümmert.
Wenn dat Äten gaud is, is ok de Stimmung gaud, denn Äten un Drinken hollen Lief un Seel tosammen. Dorför sorgt uns flittige Köksch mit schmackhaften Gerichten.
Na dat Äten is middags ok dat Utrauhen anseggt un up bequeme Liegesessel ward denn een bäten drömt, un de een un de anner schlöppt dorbi ok ne Stunn in.
Nahest is dat Kaffedrinken dran, wo wi noch een bäten klönen un den Dach utwerten.
Un nu is de Tied in de Pläach för dissen Dach all wedder vörbi un dat geiht na Hus mit dat Gefäuhl: Wi sünd wedder mit‘anner west un hebben de Tied unnerholtsam un sinnvull verbröcht.

Text: Uwe Süssmilch mit MK un tcvw

HÄNDE WEG VON OMAS UND OPAS RENTE!

Zur aktuellen Debatte um die Sicherung der Rente erklärt die designierte Spitzenkandidatin der Linken in MV, Simone Oldenburg:
„Mal wieder streitet die Bundesregierung über Sparzwänge, statt die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen. Dieses Mal nimmt sich die Union die Rentnerinnen und Rentner vor. Wer glaubt, dass man nach 45 Arbeitsjahren noch weiterarbeiten sollte, zeigt, wie weit er von der Realität und damit vom Arbeitsalltag eines Dachdeckers, Berufskraftfahrers, einer Krankenschwester oder Lehrerin entfernt ist. Statt weiteren Arbeitsjahren im hohen Altern, sollten Rentnerinnen und Rentner verdiente freie Zeit mit den Enkeln, Erholung und Gesundheit erfahren.“
Der Landesvorsitzende der Linken in MV, Hennis Herbst, ergänzt:
„Die Kritik der Union am vorgeschlagenen Rentenpaket verkennt die Lebensleistung von Millionen Menschen. Die Interessen von jungen Generationen werden vorgeschoben und gegen ältere Generationen in Stellung gebracht. Ein nachhaltiges Rentensystem schaffen wir aber nicht, indem junge gegen ältere Menschen ausgespielt werden. Egal ob man gerade 10, 18, 40 oder 70 Jahre alt ist – wir alle verdienen es in Würde zu altern und nach vielen Erwerbsjahren eine armutsfeste Rente zu erhalten. Statt das Renteneintrittsalter und das Rentenniveau zu schwächen, sollten wir ein Rentensystem schaffen, indem alle einzahlen: auch Beamte, Politiker*innen und Selbstständige. Das schafft Gerechtigkeit und stützt die gesetzliche Rentenkasse.“

VERANSTALTUNGEN

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Ohne Chefs - Demokratie bei der Arbeit

Der Dokumentarfilm „Ohne Chefs“ zeigt, wie Unternehmen ohne traditionelle Hierarchien funktionieren können. Er beleuchtet die Realität von Kollektivbetrieben, in denen Solidarität und gemeinschaftliches Wirtschaften im Vordergrund stehen. Der Film stellt die Frage, ob es möglich ist, ein Unternehmen ohne Chefs zu führen, und präsentiert Beispiele von Menschen, die diese Utopie in die Tat umsetzen. Die Protagonisten kämpfen für eine bessere Arbeitswelt, die auf ethischen Grundsätzen basiert und sich gegen die Ausbeutung im kapitalistischen System stellt.
Im Anschluss an den Film um 20 Uhr wird es ein modriertes Gespräch zwischen dem Regisseur Mario Burbach, einer Person aus der Kooperative Kollektiv Cykelbude und jemandem aus der Kooperative roko.li geben. Moderation Stefan Nadolny
Regisseur: Mario Burbach, Länge: 52 Minuten

Lichtspieltheater Wundervoll FRIEDA 23
Friedrichstr. 23
04.12.2025, 19:00 - 21:30 Uhr

***

KLASSE GEMACHT
Politisches Kabarett mit Steffen Hagemann

Mit seinem fünften Soloprogramm macht sich Steffen Hagemann mit seinen Zuschauer:innen auf die Suche nach dem PEPP in Ihrem Leben. Die Reise führt in die Psychiatrie, wo der leitende Chefarzt für alle das passende Krankheitsbild im Entgeltkatalog findet. So wird es für alle ein berechenbares Unternehmen. Also nicht bange sein, Sie sind nicht umsonst da, dass verbietet schon die Geschäftsordnung. Denn es ist besser einen Minderwertigkeitskomplex oder Größenwahn zu entwickeln, als nur ein Millionendurchschnittsmensch zu sein. Das Klinikpersonal spielt ihre Rollen so gut es ihre Klasse vermag. Am Ende wissen alle wo ihr Platz ist. KLASSE GEMACHT ist ein abstruses bitterböses schwarz humoriges Stück über Selbstverwirklichung und andere gesellschaftliche Neurosen. Denn klar ist: Das einzige was einen von den Insassen einer Anstalt unterscheidet ist der Umstand, dass man draußen ist.
Eintritt gegen Spende.

Möckelsaal im Peter-Weiss-Haus
Doberaner Str. 21
18057 Rostock
07.12.2025, 19:00 - 21:00 Uhr

„Die Torten der Wahrheit“
Katja Berlin

Katja Berlin, die Meisterin der satirischen Grafiken, geht im Herbst 2025 mit ihrer brandneuen Show „Die Torten der Wahrheit“ auf große Tournee.
Die mehrfache Bestseller-Autorin wird ihre einzigartigen Lieblings-Torten am 17.12. in Rostock präsentieren, die gesellschaftliche und politische Themen auf humorvolle, aber tiefgründige Weise in den Mittelpunkt rücken. Die Idee hinter „Die Torten der Wahrheit“ ist ebenso einfach wie genial: Mit einem Best-of aktueller Tortendiagramme, beleuchtet Katja Berlin brisante Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf ihre satirische Art. Das Publikum ertappt sich hierbei zwischen Nachdenken und Schmunzeln, zwischen Lachen und Weinen. Denn hinter den bunten Diagrammen stecken die bitteren Wahrheiten unserer Zeit. Die Show ist eine Mischung aus scharfzüngiger Satire und schier endloser Kreativität. Ihre Tortendiagramme, werden auf der Bühne fundiert und mit Charme präsentiert, sind dabei mehr als nur optische Gags – sie sind Spiegelbilder unserer Gesellschaft.
Katja Berlin, geboren 1980 in Berlin, ist Autorin und Kolumnistin. Sie absolvierte ein Studium der Politik- und Medienwissenschaften und startete 2010 zusammen mit Peter Grünlich den Graphitti-Blog mit lustigen Infografiken. Ihr erstes Buch »Was wir tun, wenn der Aufzug nicht kommt« verkaufte sich über 250 000 Mal. Vierzehn Bücher, darunter weitere Bestseller, folgten. Sie schrieb Kolumnen für das Handelsblatt Magazin und die Berliner Zeitung. Seit 2015 erklärt sie außerdem wöchentlich in Die Zeit mehr als zwei Millionen Leser:innen mit ihrer beliebten Grafikkolumne »Torten der Wahrheit« ihre Sicht auf Politik und Gesellschaft.
Vvk. 23 €/14,20 € erm.* bei reservix.de
*Ermäßigt: Schüler:innen, Mitglieder im Literaturhaus Rostock e.V., Warnowpass-Inhaber:innen
Studierende erhalten mit dem Kulturticket des ASTA freien Eintritt. Anmeldung: reservierung@literaturhaus-rostock.de
Eine Kooperationsveranstaltung von Rosa-Luxemburg-Stiftung M-V und Literaturhaus Rostock.

Literaturhaus im Peter-Weiss-Haus, Kartenraum
Doberaner Str. 21
17.12.2025, 19:30 - 21:30 Uhr

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Domstr. 5, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE13130500000201167352
BIC: NOLADE21ROS
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

AUS DEM LANDTAG

Antifa-Recherche sorgte für große Augen in den Behörden und schwitzige Hände unter den Neonazis

Zur Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zur Aufklärung der NSU-Aktivitäten und weiterer rechtsterroristischer Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern erklärt der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Michael Noetzel:

„Die Selbstenttarnung des NSU im November 2011 wurde zur größten Niederlage von Polizei und Verfassungsschutz. Die gesamte Sicherheitsarchitektur hat versagt. Zehn Menschen haben durch die rassistische Terrorserie ihr Leben verloren. Unter diesem Eindruck machte sich in der Folge das Bundeskriminalamt (BKA) im Auftrag des Generalbundesanwalts auf die Suche nach bislang unentdeckten rechten Terrorgruppierungen. In den Fokus geriet dabei auch das militante Netzwerk ‚Combat 18', das sich selbst als bewaffneten Arm der verbotenen ‚Blood&Honour'-Bewegung bezeichnet und auch in Mecklenburg-Vorpommern aktiv war.

Das BKA hatte laut heutigem Zeugen nur sehr begrenzte Mittel, dieses offen gewalt- und terrorpropagierende Netzwerk aufzuklären. Eine feste Struktur mit einem gemeinsam artikulierten Gruppenwillen sei nicht feststellbar gewesen. Die Wende kam offenbar mit einer buchstarken Veröffentlichung eines Antifa-Recherche-Netzwerks. ‚EXIF-Recherche' legte dabei bis ins kleinste Detail die Akteure und Strukturen von ‚Combat 18 – Deutschland' offen, veröffentlichte Kontoauszüge mit Mitgliedsbeiträgen und interne Verhaltensregularien. Ermittler bekamen offenbar große Augen und die Neonazis schwitzige Hände.

Wir wissen, dass sich eine Führungsperson von ‚Combat 18 – Deutschland', der aus Greifswald stammende Stanley R., hilfesuchend an einen Gründer des internationalen Netzwerks, William B., wandte, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Innerhalb der Sicherheitsbehörden schien die Arbeit angesichts der Informationsfülle, die von heute auf morgen im Internet frei abrufbar war, nochmals Fahrt aufzunehmen. Ich bin davon überzeugt, dass diese Antifa-Recherche von EXIF einen nicht unwesentlichen Anteil am Verbot von ‚Combat 18' im Januar 2020 hatte. Der Druck, zu handeln, stieg nach der Veröffentlichung – sowohl auf Seiten der Neonazis als auch auf Seiten der Behörden."

Versöhnung leben, Partnerschaft vertiefen – 35 Jahre deutsch-polnischer Grenzvertrag

Zum Antrag der Fraktionen von SPD und Die Linke erklärt der europapolitische Sprecher der Linksfraktion, Christian Albrecht:

„Zum 35. Jahrestag des deutsch-polnischen Grenzvertrags erinnern wir im Landtag Mecklenburg-Vorpommern daran, dass dieses Jubiläum weit mehr ist als eine historische Gedenkzahl. Es ist ein Symbol für den festen Willen, nach unermesslichem Leid und Zerstörung Frieden zu schaffen. Am 14. November 1990 wurde zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen der Vertrag über die Bestätigung der gemeinsamen Grenze unterzeichnet. Damit wurde die Oder-Neiße-Grenze völkerrechtlich verbindlich anerkannt, jegliche Gebietsansprüche wurden ausgeschlossen und der Weg für eine gemeinsame europäische Zukunft geebnet.

Der deutsch-polnische Grenzvertrag steht für die Fähigkeit zweier Nationen, die durch Krieg, Schuld und Vertreibung tief gezeichnet waren, über das Trennende hinauszuwachsen. Diese Versöhnung ist keine Selbstverständlichkeit – sie ist das Ergebnis jahrzehntelanger Arbeit, politischer Klugheit und menschlicher Größe. Und sie erinnert uns daran, dass Frieden nichts ist, was man einmal erreicht und dann behält, sondern etwas, das täglich neu gestaltet und verteidigt werden muss.

Wir möchten betonen, dass der Vertrag von 1990 ohne die mutigen Männer und Frauen der polnischen Gewerkschaft Solidarnosz kaum denkbar gewesen wäre. Ihr Kampf für Demokratie, für soziale Gerechtigkeit und für die Freiheit war ein Vorbild für viele Menschen in der DDR. Was in Danzig begann, fand seine Fortsetzung in Leipzig, Rostock und vielen anderen Städten der DDR.

Zahlreiche Projekte in Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Umwelt zeigen, wie eng beide Seiten inzwischen verflochten sind. So entwickelt sich die Metropolregion Stettin zu einem Motor der grenzüberschreitenden Kooperation in Wirtschaft und Verkehr. Die Euroregion Pomerania verbindet Kommunen und Institutionen in alltäglicher Zusammenarbeit – von Rettungsdiensten über Sprachförderung bis hin zu Umweltprojekten. Mit den Regionalpartnerschaften mit den Woiwodschaften Westpommern und Pommern bestehen seit 25 Jahren stabile Brücken der Verständigung. Und das deutsch-polnische Gymnasium Löcknitz steht sinnbildlich für ein Europa, das in der Schule beginnt – Kinder und Jugendliche lernen dort gemeinsam, zweisprachig und ohne Grenzen.

(...)

Versöhnung, Vertrauen und Verständigung müssen gepflegt werden – mit Engagement, Finanzierung und verlässlicher politischer Unterstützung."

Up un Dal

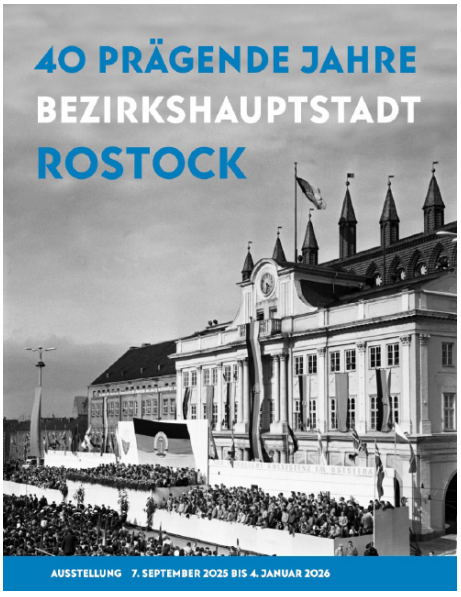
Gewinner: Die Volksrepublik China ist ökonomisch so mächtig geworden, dass sich niemand mehr mit ihr anlegen möchte. Unklar, was das für uns bedeutet.
Verliererin: Das BSW (Bündnis Sahra weg) hat offensichtlich keine Zukunft. Falls es eine Leerstelle im Parteiensystem gab, konnte diese Lücke vom BSW nicht gefüllt werden.

ZAHL DES MONATS

In Deutschland lag die Geburtenrate 2024 bei 1,35 Kindern pro Frau und damit um 2 % niedriger als im Vorjahr (1,38 Kinder pro Frau). Hohe Geburtenzahlen gab es in Deutschland einige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Babyboom erreichte 1964 mit 1,36 Millionen einen Höchststand, dem ein starker Rückgang der Geburten folgte. Im Jahr 2011 wurde mit 663 000 Neugeborenen die niedrigste Geburtenzahl seit 1946 registriert. Im Jahr 2024 gab es insgesamt 677 117 Neugeborene. In Ostdeutschland war die Geburtenrate 2024 mit 1,27 Kinder je Frau niedriger als in Westdeutschland (1,38). In Deutschland werden etwa 5 % mehr Jungen als Mädchen geboren.

ZITIERT

„Der Antifaschismus muss in die Köpfe und Herzen der Menschen, sonst gibt es kein Entrinnen vor der Übermacht der Hetzer und Leugner." Simone Oldenburg auf dem Landesparteitag



Ausstellung im Kulturhistorischen Museum